

tendenz Sommercamp'06



Zeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke
A7408F-JD/JL Greifswalder Strasse 4 10405 Berlin

DAS LINKE CAMP ZUR RECHTEN ZEIT

28. Juli - 06. August | Beckerwitz / Ostsee | www.linkessommercamp.de



Das Camp ist inhaltlich der Renner...
...und kulturell der Hit!

Babyschock	2
G8-Gipfel	3
EU-Verfassung	4
Camp-Programm	4
Anmeldung	4

Integration statt Ausgrenzung

Nachdem die Berliner Rütli-Hauptschule wegen eines Hilferufs des Kollegiums an den Schulsenat in die Schlagzeilen geraten ist, werden vor allem zwei Schlussfolgerungen gezogen, die entweder nicht weitreichend genug oder sogar komplett falsch sind.

1. „Lösen wir die Hauptschulen doch einfach auf“

Mehr Polizei, härtere Kontrollen gehören zu den einfalllosesten Vorschlägen. Aber auch mehr Sozialarbeiter oder bessere Einbeziehung der Eltern bleibt Symptombekämpfung. So berechtigt die eine oder andere Maßnahme im konkreten Krisenfall sein mag: Eine langfristige Perspektive kann sie nicht bieten. Bei der Hauptschule selbst anzusetzen, kommt dem Problem schon recht nahe, allerdings muss in der Diskussion das gesamte Schulsystem in Frage gestellt werden. Nach der Grundschule entscheidet sich, welche Chancen man im späteren Leben hat, bzw., im Fall der Hauptschule vielmehr, welche Chancen man nicht hat. Das dreigliedrige Schulsystem zementiert damit gesellschaftliche und soziale Unterschiede. Es reicht deshalb nicht, die Hauptschulen mit den Realschulen zusammenzulegen, denn auch Gymnasien sind ein Auslaufmodell. Die Gesamtschule macht ausschließlich als integrierte Schule Sinn, in der die drei herkömmlichen Schultypen aufgehoben sind. Dadurch würden alle Schüler eine fairere Chance auf einen vernünftigen Bildungsabschluss erhalten. Einem demokratischen Bildungsideal entspricht nur eine Schule, in der „bessere“ und „schlechtere“ SchülerInnen gemeinsam lernen und sich gegenseitig unterstützen. Nicht nur die Hauptschule ist als gescheitert anzusehen, sondern das ganze deutsche Schulsystem.

2. „Manche wollen sich einfach nicht integrieren“

Mal wieder wird behauptet: „Multikulti ist gescheitert.“ Dabei ist eine multikulturelle Gesellschaft noch nicht einmal angestrebt worden. Wie aufgeschlossen dieses Land ist, erkennt man deutlich an der Forderung: „Jugendliche Straftäter schneller abschieben!“ Dabei vermitteln Einbürgerungstests, Rasterfahndung, Abschiebeknäste und Leitkulturdebatte die ganze Zeit, dass Nicht-Deutsche eigentlich schon immer unerwünscht waren. Dass Menschen die Regeln einer Gesellschaft, welche sie gar nicht teilhaben lässt, nicht besonders respektieren, kann kaum überraschen. Die Situation in der Rütli-Schule ist kein Ausländerproblem, wie viele behaupten, sondern vor allem ein soziales. Die Perspektivlosigkeit, die inzwischen weite Teile der Gesellschaft erfasst, weil sie kein Auskommen haben - noch nicht einmal eine realistische Chance darauf - ist die Ursache. Die Tatsache, dass das Menschen mit migrantischem Hintergrund viel öfter trifft, veranschaulicht auch die letzte PISA Studie. Demnach ist Deutschland das einzige Land, in dem die Kinder der ersten Migrantengeneration noch weniger Bildungserfolge haben als nicht in Deutschland geborene migrantische Kinder. Das Ergebnis ist somit Ausdruck des strukturellen Rassismus unserer Gesellschaft.

Felix Stumpf

Charlotte Tinawi

gehen bis zur möglichen Leistungskürzung auf 0, dann hat das auch mit dem Essen ein Ende. Bei Sabine Christiansen wurde in bekannter Kompetenz und Sachkenntnis das Thema übrigens unter dem Titel „Arm durch Arbeit – reich durch Hartz 4“ zusammengefasst. In der dazugehörigen Sendung waren aber komischerweise gar keine „Hartz 4“-Millionäre zu sehen.

Weil man das allein kaum ertragen kann und von dem ständigen an die Stirn schlagen langsam Kopfschmerzen bekommt, machen JD/JL auch dieses Jahr den Laden einfach für 10 Tage dicht und fahren mit Euch in die Sommerfrische. Auch dieses Jahr findet wieder das linke Camp zur rechten Zeit an der Ostsee in der Nähe von Wismar statt und Ihr seid herzlich eingeladen dem Wahnsinn den Rücken zuzukehren.

Das Camp ist inhaltlich der Renner ...

Wir machen Pause vom alltäglichen Irrsinn und der Idiotie zum Trotze werden wir die Debatten führen, die wir schon immer führen wollten und zwar so, wie wir sie schon immer führen wollten. Es wird jeden Tag mehrere inhaltliche Arbeitsgruppen geben; verbunden mit der höchsten Dichte an vernünftigen Menschen in ganz Deutschland verspricht dies so manch schlaues Gespräch, manch tiefe Erkenntnis und sicher den einen oder anderen guten Streit. Hinzu kommen mindestens eine Podiumsdiskussion und politische Aktion zu geeigneter Zeit an geeignetem Ort.

... und kulturell der Hit!

Darüber hinaus bieten wir für alle, die einfach nur mal entspannt rumhängen wollen ein Entertainmentprogramm der internationalen Spitzenklasse. Sand und Salzwasser satt, zusätzlich Lagerfeuer, blaue Flecken beim Fußball sowie Musik und Filme am Abend. Es wird Berauschendes geboten und konsumiert – alles in allem also 'ne Spitzenparty! Gut, dass immer noch keine festen Zelte aus Stein erfunden wurden, ist misslich und der damit verbundene Zivilisationsverlust lästig - aber immerhin, der Zeltplatz ist sehr schön, gezeltet wird auf einer netten Wiese im Schatten von Obstbäumen, neben dem Zeltplatz liegt eine richtige Jugendherberge, mit richtigen Duschen und richtigen Klos. Und vor allem gibt es auf dem Zeltplatz genug Campingskeptiker, z.B. mich, um mit nölendem Protest und murrender Beharrlichkeit den anwesenden Naturisten und Campingfreunden so richtig auf den Kranz zu gehen und ihnen das Gitarrenschrubbel nach Kräften zu verleiden – ceterum censeo: Gitarren zu Pflugscharen!

Wieder mal frei machen

Puuh – wieder ein Jahr rum seit dem letzten Sommercamp und da draußen ist immer noch nichts besser geworden. Die kleine Koalition des Übels wurde durch die große Koalition des Übels ersetzt und auf den Straßen tanzt die Gegenauflärung im Gleichschritt. Das ganze stampft sich dann ungefähr so: In Potsdam wurde ein Mann mit schwarzer Hautfarbe mitten auf der Straße ins Koma geprügelt und während sich große Teile der Öffentlichkeit offenbar nicht damit abfinden können, dass man auch als Nichtweißer vollwertiger Staatsbürger sein kann und deswegen von einem „Deuschäthiopier“ oder „Deuschafrikaner“ reden müssen, macht man sich an anderer Stelle darüber Gedanken, ob man allein aus der Formulierung „Wir machen dich platt, du Scheißnigger“ auf einen rassistischen Hintergrund schließen könne oder ob dies nicht der ganz normale Umgangston unter Ariern ist. Und obwohl man ständig neue Nachrichten darüber lesen kann, dass hierzulande (vermeintliche) Ausländer von jungen Inländern zusammen geschlagen werden, fürchtet sich der Inländer vor allem vor (vermeintlichen) jungen Ausländern, zumal wenn letztere in Berlin-Neukölln zur Schule gehen. Dies geht soweit, dass im Feuilleton einer überregionalen Tageszeitung von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ zu lesen war. Ich kann insoweit Entwarnung geben, als ich vor zwei Wochen das letzte mal in Neukölln war, stand noch alles und ich konnte meine kugelsichere Weste im Schrank lassen.

Aber auch andere haben sich im Zuge der längst total nervenden WM-Euphorie offenbar den Kopf durch einen Fußball ersetzen lassen. Zur Erinnerung: Trotz aller Kürzungen bei Sozialleistungen und der kontinuierlichen Absenkung der Reallohne will es nicht gelingen, die Armut in Deutschland zu bekämpfen. Weil Armut aber zu Armen führt und diese sogar dann essen wollen, wenn sie nicht arbeiten, müssen sie durch Sozialleistungen ernährt werden. Das ist teuer. Um die geplante Absenkung der Unternehmenssteuern finanzieren zu können, tat sich die damalige rot-grüne Bundesregierung mit der Union zusammen und legte Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld 2 zusammen. So sollten riesige Summen eingespart werden. Und obwohl damals so Manche darauf hinwiesen, dass die Zahl der Leistungsempfänger so nicht kleiner wird, wurden die Einsparungen schon mal in den Haushalt eingepflanzt. Nun stehen wir vor der erstaunlichen Situation, dass die Kosten für das Arbeitslosengeld 2 in etwa so hoch sind, wie die für Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammen. Weil man aber nicht einfach sagen kann, dass der Plan halt ein Scheißplan war und man das Geld ja für die Unternehmenssteuersenkung braucht, wird eine „Kostenexplosion“ herbei fantasiert, die ihre Ursache im massenhaften Leistungsmisbrauch irgendwelcher „Sozialschmarotzer“ habe. Die Politik hat sofort gehandelt und ein neues Paket mit drastischen Leistungseinschnitten geplant. Diese

Anmelden, Programm, Infos: www.linkessommercamp.de

Inf hotline: 030-440248-64 | Fax: -66 | sommercamp@jdjl.org | JungdemokratInnen/Junge Linke, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

„Baby Schock“ Mehr Mütter fürs Vaterland!

Ursula von der Leyen und die gesamte Große Koalition fordern: „Wir wollen mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft. (...) Denn Deutschland braucht mehr Kinder“. Aber warum braucht Deutschland das?

Dass die Deutschen aussterben und dies ganz schrecklich sein soll, wird schon seit vielen Jahren als Horrorvision heraufbeschworen. Obwohl sich schon seit dreißig Jahren an einer Quote um die 1,4 Kinder pro Frau in Deutschland nichts geändert hat, wurde das Thema „Demografie“ unerwartet wieder hof- und schlagzeilenfähig. Im April schafften es Meldungen über Geburtenzahlen auf die Titelseiten der Zeitungen, es wurde wieder einmal ein Rekordtief verkündet: „Deutschland verzeichnet die niedrigste Geburtenrate in Europa“. Tatsächlich liegt die Geburtenrate nach Angaben der EU-Statistiken (EUROSTAT) in 10 der 25 EU-Mitgliedsstaaten niedriger als in Deutschland. Und hierzulande lag sie 1983 bis 86 deutlich unter dem aktuellen Niveau.

Mit weder neuen noch exakten Daten wie „40% der weiblichen Akademikerinnen kinderlos“ waren die Schuldigen an der Misere unseres schönen Landes gefunden: Die Frauen, oder exakter: Die gebildeten Frauen, denen nicht nur Wissen, sondern auch Selbstsucht und Karrierefixierung unterstellt wird, sind schuld am Niedergang unserer Sozialsysteme, denn sie vernachlässigen ihre Pflicht, Mutter vieler deutscher Kinder zu werden, die dann die Rente zahlen und die Alten pflegen sollen. Dass im Schulleistungsvergleich PISA herauskam, dass Kinder von Akademikerinnen bessere Bildungschancen haben, passt zum Ansatz

der offiziellen BRD Frauenpolitik: Akademikerinnen sollen besonders ermuntert werden Kinder zu bekommen, die besonders gute Chancen haben.

Staatssekretär Gerd Hofe postuliert: „Die Zukunft der Familie ist die Zukunft unseres Landes.“ Und Frank Schirrmacher weiß, dass soziale Kompetenz, Einfühlung, Altruismus und Kooperation von Müttern in der Familie gelehrt werden.

Mit „einer Gesellschaft von Egoisten“ drohte „Der Spiegel“ folgerichtig im März, statt Hilfsbereitschaft wachse mit der „Ein-Kind-Familie“ das Konkurrenzdenken.



„Liebe begünstigt Geburten, Arbeit vereitelt sie.“ meint Schirrmacher und verschweigt, dass ohne Arbeit nun mal Armut droht und dass sein geforderter Altruismus bislang hauptsächlich Abhängigkeit vom Ehemann bedeutet und in Altersarmut von Frauen mündet. Oder wollte Schirrmacher an die Väter appellieren, sich mehr bei der Kinderversorgung einzubringen? – Mitnichten.

Alle diese Thesen und Appelle zielen mehr oder weniger auf die lebenslang gebundene Ein-Ernährer-Familie, in der einer (lohn)arbeitet und eine die Kinder betreut. Sie bauen auf Sicherheiten, die es schon lange nicht mehr gibt. Überstunden, Jahresverträge, prekäre Beschäftigung,

Arbeitslosigkeit und Hartz I-IV sind gesellschaftliche Umstände, gegen die man mit Kindern deutlich schlechter gewappnet ist.

Auch die „Reformen“ der großen Koalition wie das Elterngeld ändern das nicht – sie wirken nur da, wo ohnehin ein gewisser Grad an Absicherung und Wohlstand vorhanden sind, denn die Ersparnis ist um so größer, je höher das Einkommen liegt.

20 Prozent der Familien sind von diesem Steuergeschenk ausgeschlossen, weil sie zu wenig verdienen und keine Steuern zahlen. Mini-JobberInnen brauchen offenbar keine Anreize zur Familiengründung. ÄußererInnen ebenso wenig. Bei Kindern ausländischer Mütter, die durch die Vaterschaftsanerkennung eines deutschen Mannes die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, soll die Vaterschaft nach einem aktuellen Gesetzesentwurf aus dem Hause Zyprios überprüft werden – und Kinder und Mütter damit eventuell aus Deutschland abgeschoben werden.

Man ahnt: In der Debatte um mehr Kinder geht es eigentlich gar nicht um mehr Kinder.

Geburtenraten sind nur Aufhänger, Chancenverteilung in dieser Gesellschaft zu thematisieren und um das Lebensmodell der emanzipierten Frau, die die Entscheidungen über ihr Berufsleben und ihre Kinderzahl selbst trifft, zu torpedieren. Es ist kein Zufall, dass

Männer offenbar nichts mit der Geburtenrate zu tun haben.

Frauen werden zu anbetungswürdigen Wesen stilisiert, deren Erfüllung in Mutterschaft und Familie liegt, die durch diese – unbezahlte – Arbeit das Land retten. „Die Glorifizierung des weiblichen Charakters schließt die Demütigung aller ein, die ihn tragen.“ stellte Adorno einst fest. Wie wahr – die Schuldzuweisung und Aufforderung an Frauen ist Rhetorik und feuert den Rollback gegen die Emanzipation der Frau weiter an. Schließlich ist die Debatte um die Kinderlosigkeit bestens geeignet, Frauen in die überwunden geglaubte Rolle als Ehefrau und Mutter in der Gesellschaft und aus dem Arbeitsmarkt zu drängen.

Astrid Papendick

Gesünder, billiger, besser?

Die Elektronische Gesundheitskarte

Ein Wahnsinnsprojekt ist sie, die geplante „elektronische Gesundheitskarte“ (eGK): Über 80 Millionen persönliche Datensätze sollen mittels der Karte, die eigentlich schon zum 1.1.2006 eingeführt werden sollte, bislang aber nur in Einzelversuchen getestet wird, verwaltet werden.

Mit der Karte sollen Kosten gespart und einige Missstände im Gesundheitswesen beseitigt werden: Vor allem durch das „e-Rezept“ und den „e-Arztbrief“ werden bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr an Einsparung erwartet – und nicht zuletzt durch eine Verminderung der Arztbesuche. Durch eine Prüfung aller von verschiedenen Ärzten verschriebenen Medikamente auf Unverträglichkeit soll manch tödliche Kombination vermieden werden, denn, so das Bundesgesundheitsmini-

sterium, durch Medikamentwechselwirkungen stürben mehr Menschen als im Straßenverkehr.

Gespeichert werden sollen Personendaten, Versichertenstatus, Wirkt offunverträglichkeit, Allergien, Organspendebereitschaft und schließlich die elektronische Patientenakte. Auch Angaben wie Diagnosen oder Röntgenbilder wären denkbar.

Auch wenn sich diese Ziele mit der eGK erreichen ließen, zwangsläufig sind diese Effekte nicht. Zum einen sind schlechte ärztliche Behandlungen nicht notwendig durch fehlende Informationen verursacht. Fehlenden Informationen ist nicht nur durch Technisierung beizukommen – ein vernünftiges Gespräch mit den Patienten wäre eine Lösung ganz ohne Computer.

Zum anderen ist diese medizinische Datensammlung besonders privat und sagt viel über Individuen aus – mehr als jede andere Datensammlung, die es in der BRD bisher gibt.

Zur Erinnerung: Eine Zentraldatei mit Daten der in der BRD ausgegebenen Pässe war schon vor der Einführung der biometrischen Datensätze in den Personalausweis verboten und soll es nach Aussagen der Verantwortlichen auch bleiben – das Verbot einer einzigen Datei war unter anderem eine Lehre aus dem Nationalsozialismus, wo zentrale Datensammlungen das einfache Rastern der Bürger nach Religion, Krankheiten und sexuellen Vorlieben überhaupt erst so effektiv möglich machte.

Im direkten Vergleich sind die auf der eGK abgelegten Daten intimer und relevanter, sind sie doch nicht nur zur Identifizierung geeignet,

Unsere Medienpartner

Die Tageszeitung
junger Welt

Sie sind für eine starke Linke! Die gegen Kriegstreiberi, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position bezieht? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt! Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will! Die sich über Unterschiede und Grenzen hinweg vernetzt! Die gewerkschaftliche Organisation befördert! Für die internationale Solidarität Grundanliegen und keine Modifrage ist! Die kulturelle und politische Gegenmacht organisiert, auch international! Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung.

Gutschein für eine starke Linke
20,-

* Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.

Das Testabo würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20-Euro kosten. Es beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen*.

Jetzt die Tageszeitung **junger Welt** drei Wochen kostenlos und unverbindlich lesen.

Der Gutschein finden Sie im Internet unter www.jungwelt.de oder in einer aktuellen Ausgabe der Tageszeitung junger Welt am Kiosk. Oder fordern Sie ihn an Tel. 030-53 43 33-80. Gerne auch unter aboservice@jungwelt.de

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

Probefahrt: (030) 25 00 87-0

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.71 | Frühjahr 2006

Blau, Business, Blood & Honour

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzel exemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Das Sommercamp der JDJL in Beckerwitz liegt nur 50 Kilometer Luftlinie entfernt von Heiligendamm. Dort soll 2007 der nächste Gipfel der acht mächtigsten Industriestaaten der Welt stattfinden. Seit mehreren Jahren sind diese Treffen Ziel globalisierungskritischer Proteste. Hunderttausende demonstrieren mit vielfältigen Aktionen ihren Widerstand gegen die neoliberale Weltordnung. Wie sieht's aus, in

Mecklenburg-Vorpommern vor dem Gipfel: Auf die Plätze, fertig – los!

Leicht zu kontrollieren, nur wenige Zufahrten, weitab der großen Städte – das ist der optimale Ort für einen G8-Gipfel. So tagten die Staatschefs der G8 2005 nicht in London, sondern im schottischen Gleneagles. Aus dem gleichen Grund wird der G8 in Deutschland 2007 nicht in Berlin oder Hamburg, sondern in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste stattfinden.

Heiligendamm hat um die 200 EinwohnerInnen. Außer dem Tagungsort, dem mondänen Kempinski-Hotel, stehen dort nur wenige Häuser. Zwei Zufahrtsstraßen müssen gesperrt werden – dann ist alles unter Kontrolle. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es mit Rostock nur eine einzige Großstadt. Das Flächenland hat eine ca. drei Mal so geringe Bevölkerungsdichte wie die BRD insgesamt. Fast 10 Prozent der EinwohnerInnen haben das Bundesland seit 1990 verlassen. Eine Folge der katastrophalen wirtschaftlichen Situation des Landes, dessen Arbeitslosenquote um die 20 Prozent pendelt.

Vor diesem Hintergrund sehen viele Menschen vor Ort den G8-Gipfel als eine Chance für wirtschaftliche Entwicklung. Sie hoffen, dass der ca. 10.000 Menschen umfassende Gipfel-Tross Kaufkraft in die Region bringt. Schon macht sich allerdings Enttäuschung breit, weil statt umfassender Investitionen in die Infrastruktur nur einige Zufahrtsstraßen ausgebaut wurden.

Aktivitäten vor Ort

Initiativen und Bündnisse aus Mecklenburg-Vorpommern – von GewerkschafterInnen bis hin zu Antifa-Gruppen – sind bereits gegen den G8 aktiv und an den bundesweiten Vernetzungen beteiligt. Wenn die bundesweite und internationale Mobilisierung in enger Zusammenarbeit mit den AktivistInnen vor Ort geplant und umgesetzt wird; und wenn der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Globalisierung, G8 und der prekären sozialen Lage vieler Menschen in Mecklenburg-Vorpommern breit dargestellt wird – dann kann das Kalkül von Polizei und Bundesregierung, dass die Gipfelproteste nur wenig Unterstützung aus der örtlichen Bevölkerung erhalten, zum Scheitern gebracht werden.

Die Polizei richtet sich auf einen Großeinsatz im Frühsommer 2007 ein. Der Rostocker Polizeidirektor, Knut Abramowski, ist seit dem 1. Januar 2006 als Einsatzleiter benannt und für die Vorbereitung des Gipfeleinsatzes freigestellt worden. Rund um das Kempinski-Hotel wurde die Überwachung verstärkt. Schon heute werden SpaziergängerInnen, die die Polizei für „Störer“ hält, observiert und teilweise auch mit Platzverweisen belegt.

In Mecklenburg-Vorpommern regiert eine Koalition aus SPD und Linkspartei.PDS, für die der G8-Gipfel zu einer Zerreißprobe werden kann. So gibt es klare Beschlüsse der Linkspartei, sich aktiv an den Protesten zu beteiligen und das Bündnis mit anderen politischen Gruppierungen und Strömungen zu suchen. Auf der anderen Seite steht aber die „Regierungsfähigkeit“ und die Mitverantwortung z.B. für den Polizeieinsatz und dessen Finanzierung.

Nazis in die Schranken weisen

Am 17. September finden in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen statt, bei denen es der NPD gelingen könnte, in den Schweriner Landtag einzuziehen.

Schon bei der Bundestagswahl erreichte die NPD mit 3,5 Prozent ein Ergebnis deutlich über dem Bundestrend. Das rechtsextremistische Einstellungspotenzial wird nach einer Untersuchung von 2003 in Mecklenburg-Vorpommern auf 30 Prozent geschätzt und übertrifft damit noch den Wert von Sachsen (26 Prozent). In Mecklenburg-Vorpommern bedienen sich NPD und Kameradschaften besonders gern einer antikapitalistischen und globalisierungsfeindlichen Rhetorik. Dies kann zu einer großen Herausforderung für die Kampagne gegen den G8-Gipfel werden. Es wird nicht damit getan sein, die Nazis von den Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen gegen den G8-Gipfel fern zu halten. Es geht auch darum, inhaltlich Position zu beziehen. Gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung dürfen nicht nationalistische Beschränktheit und rassistische Ausgrenzung gesetzt werden, sondern im Gegenteil internationale Solidarität und eine Globalisierung von unten.

Aus der Zeitung G8-Xtra geklaut.



sondern auch aussagekräftig über Lebenswandel, Krankheits- und Lebenserwartung Einzelner. Es sind zudem Daten, die viele interessieren: Begehrlichkeiten von z. B. Krankenkassen, Arbeitgebern und Versicherungen an diesen Daten sind zwangsläufig.

Alle Daten sollen nur mit einem mit einer elektronischen Signatur versehenen Gegenstück, der „Health Professionals Card“, die nur der Apothekerin oder Ärztin Zugang gewähren, lesbar sein. Die Hoheit und Transparenz über die eigenen Daten soll an Terminals in allen Praxen und Apotheken gewährleistet werden. Dort können Patientinnen die Speicherung kontrollieren und bestimmen, welche Daten welchen Ärzten freigegeben sein sollen. Die Daten der Abtreibung werden – bei intelligenter Freigabe – also nicht dem Zahnarzt zugänglich, der Arztbrief der Psychologin nicht der Chirurgen.

Der Idee nach gut – doch leider übersieht das System, dass das Arzt-Patienten-Verhältnis nun einmal nicht ganz hierarchiefrei ist. Was genau ich medizinisch sinnvoll verschweigen darf, das weiß ich als Patientin nicht. Davor warnte bereits die Kassenärztliche Bundesvereinigung: dass der behandelnde Arzt dank eben dieser Datenhoheit niemals genau wissen kann, ob ihm vom Patienten Daten vorenthalten werden. Und forderte, „die Daten da zu lassen, wo sie sind, nämlich dezentral in den Praxen“.

Dass man sich über Transparenz und Sicherheit der persönlichen Daten Gedanken gemacht hat, kann nicht über die Nebenwirkungen dieser bislang einzigartigen Datensammlung hinwegtäuschen. Die Freiwilligkeit der Angaben für die Zukunft kann niemand garantieren. Horrorvisionen

wie „freiwillige“ Offenlegung der Gesundheitsdaten bei Arbeitgebern vor einer Einstellung, bei Versicherungen für eine günstigere Prämie erfordern leider nicht viel Phantasie.

Bisherige Datensammlungen haben wieder und wieder gezeigt, dass sie, sind sie einmal angelegt, vom Staat für andere als die ursprünglichen Zwecke genutzt werden. Beim Einsparungsdruck der Krankenkassen wären hier Begehrlichkeiten über den Lebenswandel der Patientinnen für Prämiensysteme oder Mehrbelastung der „Sünder“ nahe liegend – oder auch Wünsche der Strafverfolgungsbehörden nach biometrischen Angaben für die Strafverfolgung.

Sine Curth

→ 10 Wochen lang die taz für nur 60 Euro

Als Dankeschön erhalten Sie die neuste ©TOM-Tasse!



taz-Aboabteilung | PF 61 02 29 | 10923 Berlin
T (030) 25902590 | F (030) 2902680
www.taz.de | abo@taz.de

die tageszeitung

- ✓ Badehose
- ✓ Strandmatte
- ✓ Neues Deutschland

Neues Deutschland, AboService, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel. (030) 2978-1800, Fax -1630 • www.neues-deutschland.de

Jungle World PROBEABO

Ausfüllen und einsenden an:
Jungle World
Bergmannstr. 68
10961 Berlin

☐ Ich möchte die Wochenzeitung Jungle World vier Wochen lang für zehn Euro testen. Ich lege zehn Euro in bar oder als Verrechnungsscheck bei. Das Probe-Abo gilt für vier Wochen, es verlängert sich nicht automatisch.

Datum, Unterschrift

Das Probe-Abo geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel (für evtl. Rückfragen)

Sommercamp '06

Unsere internationalen Partner auf dem Camp:

Młodzi Socjaliści (Junge Sozialisten | Polen)

ist eine unabhängige, landesweite Jugendorganisation für junge Menschen zwischen 16 und 35. Sie existiert seit 2005 und ist demzufolge noch eine sehr junge Organisation. Die Ziele von Młodzi Socjaliści sind eine Welt ohne Kriege, Diskriminierung und Unterdrückung und die stattdessen auf sozialer Gerechtigkeit und demokratischen Werten basiert. Sie setzen sich für den Respekt vor menschlicher Vielfaltigkeit, den Schutz der Menschenwürde und das Vorantreiben eines aktiven Umweltschutzes ein.

Reguläre Aktivitäten sind dabei u.a. Jugendbildungsarbeit, Straßenaktionen, Konferenzen, Trainingsprogramme und die Herausgabe von Presseerklärungen.

Vasemmistonuoret (Linke Jugend | Finnland)

The Left Youth is a non-governmental youth organisation in Finland. Our political objectives derive from an ideological basis of traditional values of the left combined with environmental initiatives. We promote equality, democracy, justice and solidarity. In our view, rights such as freedom of religion, freedom of expression and the right to cherish one's own culture should be granted to everyone, regardless of ethnic origin, or of social, economic or political background. The Left Youth does also the youth work of the fourth biggest party in Finland, the Left Alliance.

SFU (Dänemark)

SFU Youth of the Socialist Peoples Party (Socialistisk Folkepartis Ungdom) is a political youth organisation in Denmark. SFU is an independent youth organisation of the Socialist Peoples Party (SF).

Marxism is a great inspiration to SFU. We have an un-dogmatic approach to Marxism, which helps us analyze the society and the conflicts within it as they appear today. We struggle for democracy, solidarity, equality between classes, gender and ethnicities and a sustainable environment. These values are the basics of our understanding of socialism.

Wer wir sind und was wir wollen:

LiSA- die linke schülerInnen aktion

Was ist LiSA?
Die Linke SchülerInnen Aktion ist offen für alle und schafft für SchülerInnen und andere Interessierte Raum für linke (Bildungs)Politik jenseits von festgefahrener Ideologien und Patentrezepten für die „ideale“ Welt. LiSA regt Diskussionen an und bietet eine gemeinsame Aktionsplattform – ganz ohne starre Strukturen oder Verwaltungs-krempel. Was wie gemacht wird, welche Themen wir für unsere Treffen wählen, entscheiden wir selbst.

Was ist für uns linke Politik?
„Links“, da denkt jeder an „was anderes. Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung sind für uns die Grundsätze linker (Bildungs)Politik. Demokratie darf sich dabei nicht nur auf die Wahl der Wandfarbe im Klassenraum oder auf das Kreuzchen alle vier Jahre beschränken. Viel mehr muss Selbstbestimmung und Demokratie durch alle Beteiligten in allen Lebensbereichen möglich werden. In diesem Sinne treten wir für eine radikal-demokratische Gesellschaft ein – eine Gesellschaft, die von Grund auf demokratischen Prinzipien folgt und niemanden ausgrenzt. Links ist da, wo Freiheit ist!

Was machen wir?
SchülerInnen und andere interessierte Menschen treffen sich in regionalen LiSA-Gruppen zu „SchülerInnenstamm-

tischen“, um zu diskutieren und regionale Aktionen zu planen. Einige Male im Jahr kommen alle LiSA-Gruppen zu gemeinsamen Treffen zusammen. Hier organisieren wir bundesweite Veranstaltungen wie Seminare und Kampagnen oder helfen mit, das „linke Camp zur rechten Zeit“ vorzubereiten. Aber auch Flyer und eine gemeinsame Zeitung werden entwickelt. Inhaltlicher Schwerpunkt der LiSA ist die Kritik am bestehenden Schulsystem mit dem Ziel selbstbestimmten Lernens und einer umfassenden Demokratisierung des Bildungssystems. Daneben finden aber auch andere Themen, die uns interessieren, Raum – wie zum Beispiel Antirassismus und der Kampf gegen faschistisches Gedankengut, Chancen(un)gleichheit in unserer Gesellschaft oder emanzipatorische Drogenpolitik. Linke Diskussionsräume schaffen! Für eine radikal-demokratische Schule, eine radikal-demokratische Gesellschaft streiten!

LiSA steht dem Jugendverband JungdemokratInnen/Junge Linke nahe. Uns verbindet ein radikal-demokratisches, emanzipatorisches und parteiunabhängiges Selbstverständnis.

Du willst mitmachen? Infos? Hast was zu meckern?
LiSA-Info@gmx.de, www.jdjl.org

JungdemokratInnen/Junge Linke

parteionabhängig
JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteionabhängig.

konsequent außerparlamentarisch
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen – im Gegensatz zur herrschenden Ideologie – keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation
JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Eine demokratische & friedliche Verfassung für Europa

Der Ratifikationsprozess zum europäischen Verfassungsvertrag ist gescheitert. Fern aller demokratischen Errungenschaften bewegte sich zuvor die Tätigkeit des Verfassungskonvents: Er war nicht gewählt, sondern von den nationalen Regierungen eingesetzt und hatte bloß den Auftrag, eine Verfassung durch Vertragsschluss zwischen den nationalen Regierungen vorzubereiten. Konventsmitglieder hatten allenfalls das Recht, „Anregungen“ zu den vorgelegten Entwürfen zu unterbreiten. Über deren Behandlung entschied das Präsidium.

Das Problem, das in dem nationalstaatlichen Ausgangspunkt steckt, wird nicht zuletzt dadurch sichtbar, dass dem Verfassungsentwurf eine Auflistung von Staatsoberhäuptern vorangestellt war. Dort finden sich sechs so genannte Majestäten bzw. königliche Hoheiten. Von solchen Relikten feudaler Vergangenheit kann kein demokratisches Europa ausgehen. Eine echte Demokratisierung setzt statt eines zwischenstaatlichen Vertrages den Verfassungsbeschluss eines europäischen Souveräns voraus: einen Beschluss der sich als BürgerInnen Europas verfassenden Menschen über einen demokratisch erarbeiteten Verfassungsentwurf. Dabei könnte ein so verstandener europäischer Souverän ein Vorgriff sein auf eine demokratische Einheit der Menschheit, die ihre Spaltung in Nationalstaaten endgültig überwindet und zwischenstaatliche Kriege ausschließt.

Grundrechte und Demokratie in der EU

Die im Verfassungsentwurf vorgesehene Stärkung des Europäischen Parlaments wäre zwar ein Fortschritt, reicht aber nicht aus. Stattdessen bietet der Verfassungsprozess eine Möglichkeit, erweiternde Perspektiven zu entwickeln: Die künstliche Trennung zwischen der „politischen Sphäre“ und einer unlegitimiert Macht über Menschen entfaltenden kapitalistischen Ökonomie aufzuheben, wäre hierbei eine zentrale Forderung. Weit reichende soziale Grundrechte oder ein europaweit gültiges Streikrecht statt das Recht auf Privateigentum zu zementieren, sind mögliche Perspektiven. Dem Grundrechtsabbau in den Mitgliedsstaaten der EU sollte die Idee einer Verfassung entgegen gestellt werden, welche die Grundrechte stärkt. Urteile der europäischen Gerichte gegen Berufsverbote in der BRD zeigen, dass in der EU grundlegende Standards etabliert werden können, die über nationale Regeln hinausweisen. Die im alten Verfassungsentwurf vorgeschlagenen Regelungen waren irreführend, weil dort keine umfassend verbindlichen Grundrechte enthalten waren, die gegenüber der öffentlichen Gewalt auf allen Ebenen geltend gemacht werden könnten. Zwar bietet die europäische Einigung Chancen für eine humane Flüchtlingspolitik. Nationalstaatliche Politiken weisen aber in eine andere Richtung: Eine „Festung Europa“ wird entworfen, mit ausgelagerten Auffanglagern und Abschottungspraktiken, die verzweifelte Menschen in den Tod zu treiben geeignet sind. In einer humanen Verfassung müsste wenigstens ein uneingeschränktes Asylrecht bei willkürlicher Verfolgung gewährleistet werden. Die Hysterie wegen

einiger befristeter Einreiseerlaubnisse für BürgerInnen der Ukraine (sog. „Visa-Affäre“) verdeutlicht dagegen, dass nicht einmal die mit dem Jahr 1989 in Verbindung gebrachte „neue Reisefreiheit in Europa“ politisch gewollt ist.

Für eine friedliche Verfassung

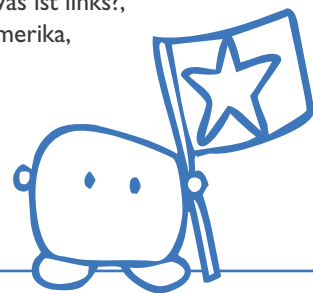
Der alte Verfassungsentwurf verpflichtet bloß auf „Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen“. Damit wären Kriege ohne Mandat der UN kein Verfassungsverstoß. Stattdessen muss eine neue Verfassung das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen ohne Ausflüchte anerkennen. Pläne für eine „Weltmacht Europa“, etwa als „militärisches Gegengewicht zu den USA“ zeigen aber, dass die Vergemeinschaftung nationalstaatlicher Politik keineswegs deren Überwindung verheißt, sondern oft nur deren supranationale Bündelung. In einer friedenspolitisch glaubwürdigen Verfassung müsste wenigstens die umgehende Abschaffung aller Atomwaffen verbindlich festgelegt werden. Zudem entfällt durch die Verbindung mit einer gemeinsamen Verfassung jede vermeintliche Berechtigung für die Existenz nationaler Armeen. Die Verfassung hat also deren Auflösung vorzusehen. Europa selbst braucht eine eigene Armee aber genauso wenig wie die Mitgliedsstaaten.

Gunther Heinisch



Programmauszug Sommercamp 06:

- AG-Programm:** Antirassismus, SV-Arbeit, Strafrechtskritik, Antisemitismus, Sportkritik, Familienkritik, Radikal-demokratie, Schulkritik, Antifa, Überwachung, Islamophobie, Soziale Grundsicherung, Was ist links?, Weltfriedenspolitik, Geschichte von JungdemokratInnen/Junge Linke und LiSA, Lateinamerika, Drogenlegalisierung, G 8 u. v. a. m.
 - Praxisworkshops:** Zeitungmachen, Aktionsplanung, Layouten.
 - Abendprogramm:** Lagerfeuer, Grillen, Disco, Podiumsdiskussion, Bands, Cocktailbar.
- Mehr und aktueller: www.linkessommercamp.de



>>> anmelden:

Coupon

oder online: www.linkessommercamp.de

- Hiermit melde ich mich zum Linken Sommercamp© 2006 vom 28. Juli bis 6. August in der Jugendherberge Beckerwitz an! Ich komme am _____ und bleibe bis zum _____
- Ich bin VegetarIn: ja / nein
- Sonstiges: _____
- Ich kann leider nicht kommen, aber schick mir doch ein Info-Paket.
- Ich will bei Euch mitmachen.

Name, Vorname:	
Straße:	
PLZ, Wohnort:	
Telefon:	eMail:
Alter:	Tätigkeit:

Teilnahmebeitrag pro Übernachtung und Person inkl. Vollverpflegung(!) Frühbucherrabatt bei Anmeldung und Überweisung bis zum 15. Juli 2006! SchülerInnen und Studierende 9,-€ (nach dem 15. Juli: 12,-€) Verdienende 14,-€ (nach dem 15. Juli: 17,-€) Send to: JungdemokratInnen / Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Fax: (030) 440 248 66, e-mail: infos@jdjl.org Hinweise zum Datenschutz: Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an einen unserer Landesverbände bzw. Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist auf jeden Fall ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über die gespeicherten Daten Auskunft bekommen und ihre Berichtigung oder Löschung verlangen. Mit dem Abschicken des Coupons erklärst du dich damit einverstanden.